

# Betriebsräte der Deutschen Verkehrsflughäfen

## Presseerklärung

Die Betriebsräte der deutschen Verkehrsflughäfen haben sich aus Anlass ihrer 89. Betriebsrätekonferenz in Berlin mit dem in Arbeit befindlichen Luftverkehrskonzept des Bundes beschäftigt. An dieser Tagung nahmen auch der zuständige Staatssekretär Michael Odenwald für das Bundesverkehrsministerium sowie Matthias von Randow (BDL Bundesverband deutscher Luftverkehrswirtschaft) sowie Ralph Beisel (Arbeitsgemeinschaft Deutscher Verkehrsflughäfen ADV) und ver.di Bundesfachgruppenleiter Robert Hengster teil.

Erstmalig beschäftigten sich Arbeitgeber, Arbeitnehmervertreter/innen und die Gewerkschaft ver.di unter Teilnahme des Ministeriums gemeinsam mit den Folgen des Sozialdumpings im europäischen Luftverkehr aufgrund der Liberalisierungsentwicklungen.

In den nachfolgend aufgeführten Punkten wird gemeinsam ein erheblicher Handlungsbedarf erkannt, der den deutschen Gesetzgeber veranlassen muss, die soziale Dimension dringend in das Luftverkehrskonzept zu integrieren.

**Täglich arbeiten in unserem Land mehr als 350.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dafür,**

- **dass in Deutschland Flugzeuge starten und landen,**
- **dass Menschen ihre Flugziele in der ganzen Welt erreichen und**
- **dass Unternehmen eilige und wertvolle Fracht transportieren können.**

Davon profitiert der gesamte Wirtschaftsstandort Deutschland mit seinen mehr als 30 Mio. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Wertbezogen wickeln wir 10 % des gesamten Außenhandels Deutschlands über den Luftverkehr ab. Für unsere exportstarke Industrie ist der Luftverkehr essentiell: Das sagen 80% der Unternehmen der chemischen Industrie und der Automobilindustrie und das sagen 90% der Unternehmen des Maschinenbaus. Der Industriestandort Deutschland braucht den Luftverkehr.

**Aber wir müssen feststellen:**

**Die Zukunft unserer Unternehmen und unserer Arbeitsplätze ist bedroht.**

Denn während der Gesetzgeber unsere Unternehmen in den Wettbewerb führte, hat er versäumt, dafür zu sorgen, dass auf dem internationalen Luftverkehrsmarkt faire Wettbewerbsverhältnisse bestehen.

# Betriebsräte der Deutschen Verkehrsflughäfen

Im Gegenteil: Die regulativen und steuerlichen Lasten wurden in Deutschland und in der EU deutlich erhöht, während die Rahmenbedingungen für unsere internationalen Wettbewerber von ihren Gesetzgebern sehr förderlich ausgestaltet wurden.

Die Folge ist: Unseren Unternehmen stehen heute groß gewordene, finanzstarke und teilweise subventionierte Nicht-EU-Unternehmen gegenüber, die solche Lasten, die in Deutschland und in der EU gelten, in ihren Heimatländern nicht im Entferntesten kennen. Dort werden häufig Arbeitnehmerrechte mit Füßen getreten, gewerkschaftliche und betriebliche Interessenvertretung verboten und den Beschäftigten oft soziale Standards und Freizügigkeit vorenthalten. Mit staatlicher Unterstützung und niedrigen Arbeits- und Sozialstandards drängen diese Unternehmen dann in den Wettbewerb mit unseren Unternehmen. Der Wettbewerb wird damit immer mehr auf dem Rücken der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ausgetragen.

**Politik und Deutschland und in der EU schaut diesem Treiben nur zu. Statt für fairen Wettbewerb zu sorgen, macht sie unseren Unternehmen und unseren Arbeitsplätzen das Überleben sogar immer schwerer:**

- eine Luftverkehrssteuer im nationalen Alleingang, die vor allem unsere Unternehmen und unsere Arbeitsplätze belastet;
- eine einseitige Beschränkung der Betriebs- und Maschinenlaufzeiten an unseren Flughäfen, wie sie kein anderes Land der Welt kennt;
- ein Emissionshandelssystem, das vor allem europäische Unternehmen trifft und unsere internationalen Wettbewerber schont;
- Luftverkehrsabkommen, die internationalen Unternehmen unseren Markt öffnet, ohne Auflagen für fairen Wettbewerb zu machen.

Alles dies sind Beispiele für eine Politik, die unsere Zukunft gefährdet.

**Deswegen appellieren wir an unsere Politiker in Deutschland und in Europa: Steuern Sie um!**

Gestalten Sie die regulativen und steuerlichen Auflagen in Deutschland und in der der EU so aus, dass sie nicht zu Wettbewerbsverzerrungen zu Lasten unserer Standorte und Arbeitsplätze führen.

Wir wollen uns erfolgreich dem Wettbewerb im internationalen Luftverkehrsmarkt stellen. Aber dazu müssen die gesetzlichen Rahmenbedingungen für den Luftverkehr unverzüglich und grundsätzlich auf den Prüfstand. Es darf nicht sein, dass die Politik Gesetze fortführt oder neu beschließt, die dazu führen, dass unsere Unternehmen Marktanteile, Standorte und Arbeitsplätze an unsere internationalen Wettbewerber verlieren, aber für den Umwelt- und Verbraucherschutz gar keine Vorteile erzielt werden, sondern teilweise sogar Nachteile entstehen.

# Betriebsräte der Deutschen Verkehrsflughäfen

Wir appellieren an unsere Bundesregierung: Setzen Sie die Zusicherung aus Ihrem Koalitionsvertrag um: „Stärkung des Luftverkehrsstandorts Deutschland und Erhalt seiner Wettbewerbsfähigkeit.“

## Das sind unsere Forderungen als Betriebsräte aus der deutschen Luftverkehrswirtschaft:

- **Luftverkehrsabkommen an dem Ziel eines fairen Wettbewerbs orientieren**  
Grundsätzlich sollten Luftverkehrsabkommen so angelegt werden, dass sie faire Marktchancen für hiesige Fluggesellschaften und Flughäfen eröffnen und Angebot und Wettbewerbsfähigkeit Europas und des Luftverkehrsstandorts Deutschland qualitativ verbessern. Luftverkehrsabkommen und die Gewährung von Verkehrsrechten an Drittstaaten sollen die folgenden Rahmenbedingungen für fairen Wettbewerb ausgewogen berücksichtigen:
  - Angebotsqualität des Luftverkehrsstandorts Deutschland, auch langfristig
  - Auswirkungen auf deutsche Arbeitsplätze und Sozialstandards
  - Auswirkungen auf deutsche UnternehmenDamit kann dazu beigetragen werden, dass faire wettbewerbliche Marktchancen entstehen.
  
- **Internationale soziale Mindeststandards**  
Die unfairen Wettbewerbsbedingungen setzen sich auch bei den Arbeits- und Einkommensbedingungen der Beschäftigten fort. Wir wollen keinen Verdrängungswettbewerb, der auf Dumpinglöhnen basiert. Wir fordern daher, dass sich die Bundesregierung gegen Geschäftsmodelle, die nur dem Zweck dienen, gemeinsame Sozialstandards und Arbeitsbedingungen auszuhebeln, ausspricht und aktiv etwas dagegen unternimmt. Voraussetzung für den Zutritt zum europäischen Luftverkehrsmarkt muss zudem die Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnormen sein. Darüber hinaus fordern wir Bundesregierung und Europäische Kommission auf, sich für ein internationales Übereinkommen zu Arbeits- und Sozialstandards ähnlich dem Seearbeitsübereinkommen von 2006 (verabschiedet durch die Internationale Labour Organisation, ILO) einzusetzen.
  
- **Klare Ablehnung weiterer Liberalisierungsmaßnahmen im Luftverkehr**  
Die von der Europäischen Kommission seit Mitte der 1990er Jahre voran getriebene Liberalisierungspolitik ging einseitig zu Lasten der Arbeitnehmer/innen. Die negativen Folgen sind befristete Arbeitsplätze, Lohndumping, sinkende Qualifikations- und damit Sicherheitsstandards, Auslagerungen, Ausweitung der Leiharbeit. Auch das Verkehrsministerium hat diese Probleme erkannt und ist mit uns und den Arbeitgebern einer Meinung, dass diesem Sozialdumping ein Ende bereitet werden muss. Die Betriebsräte sowie die Sozialpartner unterstützen ausdrücklich die Bemühungen des Ministeriums, dieser Entwicklung auf nationaler und internationaler Ebene entgegen zu treten.

# Betriebsräte der Deutschen Verkehrsflughäfen

- **Abschaffung der Luftverkehrssteuer**

Der nationale Alleingang zur Einführung einer Luftverkehrssteuer hat erhebliche wettbewerbsverzerrende Belastungen der deutschen Unternehmen geschaffen. Diese Steuer schwächt Unternehmen, Standorte und Arbeitsplätze in Deutschland und muss abgeschafft werden. Auch eine schrittweise Abschaffung bedeutet bereits eine Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Luftverkehrswirtschaft.

- **Übernahme von Luftsicherheitskosten durch den Bund**

In Deutschland werden – anders als in anderen Staaten – die Kosten den Luftverkehrsunternehmen durch die Bundespolizei in Rechnung gestellt. Die Gewährleistung von Sicherheit, insbesondere die Abwehr terroristischer Bedrohungen, ist aber eine gesamtgesellschaftliche staatliche Aufgabe. Der Bund sollte deswegen auch den Hauptanteil der Luftsicherheitsgebühren herauslösen und staatlicherseits übernehmen, so wie dies in vielen anderen EU-Mitgliedstaaten und auch in den USA geschieht.

- **Kosten der Flugsicherung wettbewerbsfähig gestalten**

Die deutschen Gebührensätze für die Flugsicherung (Streckengebühren) liegen um rund 70 Prozent über dem europäischen Durchschnitt. Die vergleichsweise höheren Flugsicherungsgebühren in Deutschland sind zu einem erheblichen Teil dadurch verursacht, dass der DFS staatlicherseits mehr flugsicherungsfremde finanzielle Lasten auferlegt werden, als dies in übrigen EU-Staaten der Fall ist. Dies sollte korrigiert werden, denn die hohen Gebühren belasten deutsche Fluggesellschaften in besonderem Maße, schwächen ihre Wettbewerbsposition und gefährden damit Standorte und Arbeitsplätze der Luftverkehrswirtschaft in Deutschland insgesamt.

- **Planungssicherheit bei Betriebszeiten an Flughäfen schaffen: bestehende Nachtflugmöglichkeiten erhalten**

Wir wollen eine gute Nachbarschaft mit den Anwohnern im Umfeld von Flughäfen und unser Engagement für den Lärmschutz fortführen. Aber die bestehende nächtliche Beschränkung an vielen deutschen Flughäfen bedeutet erhebliche Wettbewerbsnachteile für unsere Unternehmen in Deutschland, da ausländische Fluggesellschaften an ihren Heimatflughäfen rund um die Uhr operieren und somit die Umläufe und damit die Produktivität der Flugzeuge deutlich besser gestalten könnten. Deswegen fordern wir, dass für Bürger und Unternehmen Planungssicherheit bei den Betriebszeiten der Flughäfen geschaffen wird. Um dies zu gewährleisten, sollten in einem Bund-Länder-Konzept die wesentlichen Elemente einer leistungsfähigen Luftverkehrsinfrastruktur definiert werden und es sollte eine Festlegung dazu erfolgen, dass weitere Einschränkungen der Betriebszeiten abgelehnt werden und es bei den derzeit bestehenden Betriebsgenehmigungen keine Eingriffe gibt.

- **Innovation in der Luftverkehrsbranche**

Die Konferenz ist sich einig, dass technische Innovationsprozesse ein erheblicher Bestandteil der zukünftigen Politik sein muss. Dazu gehören das Fluggerät, die Infrastruktur, logistische Anforderungen des Passagierprozesses, die Sicherheitstechnik, die Informationstechnologie sowie die Versorgungseinrichtungen der Flugzeuge. Die Themen bedürfen einer dringenden Förderung auch durch die Politik. Diese Schritte sind

# Betriebsräte der Deutschen Verkehrsflughäfen

erforderlich, um auch die Akzeptanz der Luftverkehrsbranche sowie der – Industrie zu erhalten und zu steigern.

- **Bürgerbeteiligung stärken, ohne neue Planungsbürokratie zu schaffen**  
An den Plänen zur Infrastrukturentwicklung müssen Anwohner und lokale Politik beteiligt werden. Denn die Bürgerinnen und Bürger wollen Transparenz der Verfahren und Lärmschutz. Das unterstützen wir und fordern die Stärkung einer geeigneten Bürgerbeteiligung in den Fluglärmkommissionen. Um das zu erreichen, muss man aber das im internationalen Vergleich ohnehin sehr komplexe und aufwendige Planungsrecht nicht noch schwieriger machen; auch eine Novellierung des LuftVG ist nicht erforderlich. Stattdessen kann der rechtliche Spielraum für mehr Bürgerbeteiligung bereits mit den geltenden Bestimmungen des Gesetzes genutzt werden.
- **Marktbasierte Maßnahmen zum Klimaschutz wettbewerbsneutral ausgestalten**  
Regional begrenzte Instrumente für den Klimaschutz haben im Luftverkehr stark wettbewerbsverzerrende Wirkungen. Deswegen fordern wir von der EU-Kommission und den Mitgliedstaaten, auf Ebene der ICAO (International Civil Aviation Organization) weiter an einer weltweiten Lösung zu arbeiten. Ein international wirksames System marktbasierter Maßnahmen im Luftverkehr zur Begrenzung der CO<sub>2</sub>-Emissionen soll die EU-Verordnung zur Einbeziehung des Luftverkehrs in den Emissionshandel ablösen. Eine auf die EU begrenzte Einbeziehung in den Emissionshandel muss wegen ihrer wettbewerbsverzerrenden Wirkung vermieden werden.
- **Einführung des Single European Sky (SES)**  
Wir fordern von EU-Kommission, Europäischem Rat und EU-Parlament eine Überprüfung der bestehenden Agenda zur Schaffung eines Single European Sky mit dem Ziel, dass auch unsere europäischen Nachbarstaaten und ihre Flugsicherungen ihr Engagement für den SES deutlich verstärken. Mit der Schaffung einer effizienten europäischen Luftraumstruktur wird der CO<sub>2</sub>-Ausstoß deutlich reduziert und die Klimateffizienz des Luftverkehrs nachhaltig gesteigert.

gez. Edgar Stejskal

Koordinator der Betriebsräte der Deutschen Verkehrsflughäfen

c/o Fraport AG

Stellvertretender Betriebsratsvorsitzender

60547 Frankfurt Main

Telefon: 069 690 71879

E-Mail: [e.stejskal@fraport.de](mailto:e.stejskal@fraport.de)